

1772, 28.8.2014

## Weniger Freunde für das Frühfranzösisch

*ela.* · Auch die Nidwaldner Regierung will Frühfranzösisch abschaffen. Mit der Aversion gegen das Erlernen einer zweiten Landessprache in der Primarstufe ist der Kanton nicht allein. Aus dem Konsens über die Harmonisierung des Sprachunterrichts ist ein Streit geworden. Politiker und Praktiker aus der Deutschschweiz und der Romandie stellen in der NZZ ihre Sicht der Dinge dar.

*Schweiz, Seite 11*

*Meinung & Debatte, Seite 20, 21*

022, 28. 8. 2014

# Widerstand gegen Frühfranzösisch nimmt zu

*Auch Nidwaldner Regierung will die zweite Landessprache aus der Primarschule verbannen*

Im Kanton Nidwalden will die Regierung den Französischunterricht in der Primarschule abschaffen und stattdessen auf der Oberstufe mehr Lektionen anbieten. In anderen Kantonen bestehen ähnliche Vorstösse.

*Davide Scruzzi*

Bundesrat Alain Berset hatte vor einigen Monaten erklärt, dass jeder Schweizer Schüler in der Primarschule eine zweite Landessprache lernen müsse. Doch immer mehr Kantone folgen diesem Imperativ nicht. Auch die Nidwaldner Kantonsregierung hat einen Entscheid zum Thema Frühfranzösisch gefällt. Sie empfiehlt eine Volksinitiative der SVP gegen das Frühfranzösisch auf der Primarstufe zur Annahme, so eine Medienmitteilung vom Mittwoch. Die entsprechende Volksabstimmung dürfte im nächsten März stattfinden. Die Antwort des Regierungsrates beschränkt sich aber nicht auf ein Nein zum Frühfranzösisch. Zusammen mit dem Entscheid wird ein eigentliches neues Französisch-Konzept präsentiert.

«Das Nein zum Frühfranzösisch ist kein Nein zur Romandie», sagt der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid. Verschiedene begleitende Massnahmen würden dafür sorgen, dass unter dem Strich die Französischkenntnisse nach Ende der Schulzeit eher besser würden, betont Schmid. Die genau gleiche Zahl von Französisch-Lektionen, die in der 5. und 6. Primarklasse entfielen, würden zusätzlich auf der Oberstufe geführt, er-

klärt Schmid. Im siebten Schuljahr wären demnach neu fünf und im achten und neunten Schuljahr neu vier Lektionen pro Woche vorgesehen. Im Gegenzug will die Regierung gewisse Wahlpflichtfächer reduzieren. Zudem ist geplant, im achten und neunten Schuljahr einen zwei- bis vierwöchigen Aufenthalt in der Romandie zur Pflicht zu machen. Dies sei ein Novum in der Schweiz, so die Nidwaldner Regierung.

Das Vorgehen im Fremdsprachenunterricht ist in Nidwalden schon lange ein Thema. So hat die Kantonsregierung als Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss nun einen Bericht zur Situation des Sprachunterrichts publiziert. Laut diesem ist die Bedeutung des Einstiegsalters für den Lernerfolg schwierig einzuschätzen, auch wenn die Auswertung des bisherigen Vorgehens grundsätzlich positive Resultate offenbart habe. Umfragen hätten gezeigt, dass die Lehrer das Frühfranzösisch

eher kritisch beurteilten, ebenso die Eltern. Die befragten Lehrbetriebe hätten sich explizit bessere Kompetenzen in Deutsch und Englisch gewünscht, so die Nidwaldner Kantonsregierung.

In mehreren Kantonen gibt es mittlerweile Vorstösse gegen das Frühfranzösisch. Im Thurgau wurde vor einigen Wochen eine Motion angenommen, die den Regierungsrat beauftragt, den Französischunterricht von der Primar- in die Sekundarschule zu verlagern.

Im Kanton Schaffhausen verlangt ein vom Kantonsparlament angenommenes Postulat, dass auf der Primarstufe nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird. Und im Kanton St. Gallen wird in einem SVP-Vorstoss nach dem Sinn von Frühfranzösisch gefragt. Dort hält aber die Regierung am bisherigen Vorgehen fest. Ähnlich entschied die Solothurner Regierung.

*Mitarbeit: kru., dgy.  
Meinung & Debatte, Seite 20*

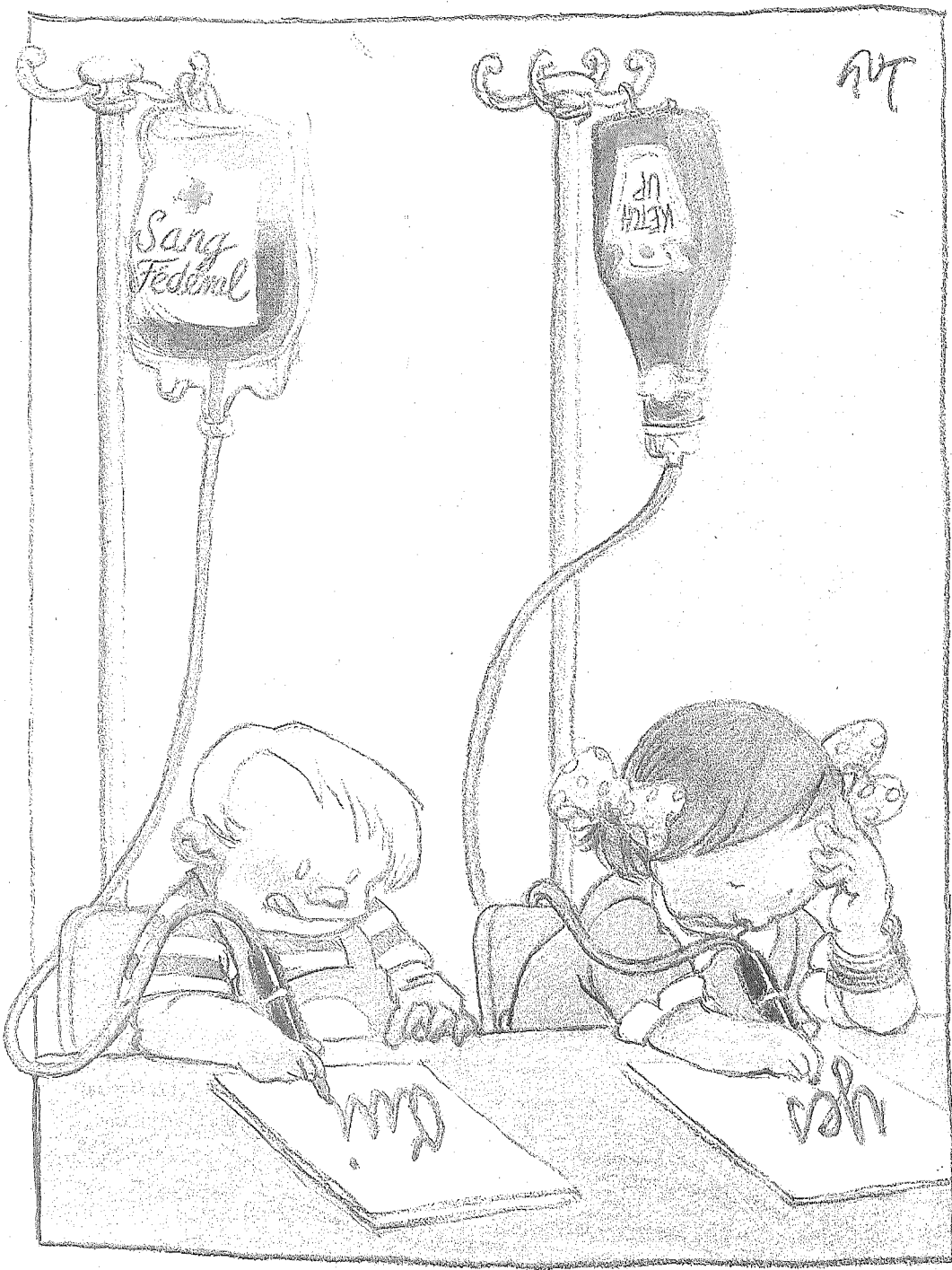
## Neue Quoten für die Bundesverwaltung

dsc. · «Die Kantone haben sich selbst auf die bestehende Strategie und deren Eckwerte beim Fremdsprachenunterricht geeinigt. Sie sind an der Umsetzung, und es ist nun an ihnen, eine Bilanz vorzunehmen», sagt Isabelle Chassot, Direktorin des Bundesamts für Kultur, zu den kantonalen Plänen, den Französischunterricht von der Primar- auf die Oberstufe zu verlagern. Bund und Kantone seien gemeinsam in der Pflicht, die Mehrsprachigkeit zu fördern, so Chassot. Am Mittwoch hat der Bundesrat seinerseits Verordnungen zur Mehrsprachigkeit in der

Bundesverwaltung beschlossen. Demnach muss sich neu jedes Bundesamt für die Einhaltung der Vorgaben punkto Mehrsprachigkeit der Mitarbeiter einsetzen, auch auf Kaderstufe. Mittel- und langfristig gelten für die Zusammensetzung neue Zielwerte: rund 70 Prozent Deutschsprachige, etwa 22 Prozent Französischsprachige, zirka 7 Prozent Italienischsprachige, knapp 1 Prozent Rätoromanen. Es brauche noch Anstrengungen, diese Werte zu erreichen, zumal die Unterschiede von einem Bundesamt zum anderen gross seien, so Chassot.

# Die zweite Landessprache in der Primarschule ist ein Muss

22. 28. 2014 Von Matthias Aebischer



PETER GUT

Die Volksschule ist Sache der Kantone. Und es ziemt sich nicht, sich als Bundespolitiker in kantonale Angelegenheiten einzumischen. Stellt sich die Frage, weshalb sich die nationalrätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur an ihrer Sitzung in einer Woche nun trotzdem mit der Volksschule beschäftigt. Die Traktandierung basiert auf einem Volksentscheid vom 21. Mai 2006. Damals stimmten 85,6 Prozent der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für den sogenannten Bildungsartikel. Seither steht in der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, dass die Kantone ihre verschiedenen Schulsysteme im Bereich des Schuleintrittsalters, der Dauer und der Ziele der Bildungsstufen und von deren Übergängen harmonisieren müssen. Sollten die Kantone diese Harmonisierung nicht zustande bringen, so «erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften». So steht es in Artikel 62, Absatz 4.

Die Romands haben ihre Aufgaben bereits gemacht. Seit drei Jahren wird in allen Schulen der französischsprachigen Kantone nach dem «plan d'études romand» unterrichtet. Alle Schülerinnen und Schüler lernen ab der dritten Klasse die deutsche Sprache. Die Harmonisierung der deutsch- und mehrsprachigen Kantone läuft über den Lehrplan 21. Nach der Vernehmlassung wird dieser zurzeit überarbeitet und voraussichtlich Ende Jahr von den Deutschschweizer Erziehungsdirektorinnen und -direktoren freigegeben.

Die Mitglieder der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren sind sich einig. In der Primarschule lernen alle Deutschschweizer Kinder zwei Fremdsprachen, davon eine Landessprache. Die erste Fremdsprache in der dritten, die zweite Fremdsprache in der fünften Klasse. Der Entscheid, ob zuerst Französisch oder Italienisch und dann Englisch oder umgekehrt, obliegt jedem einzelnen Kanton.

So weit, so gut, dürfte man meinen. Nach einem jahrelangen Hin und Her wird die Harmonisierung

gerade auch im Bereich des Fremdsprachenunterrichts endlich realisiert. Schön wär's. Denn just in der finalen Phase der Erarbeitung des Deutschschweizer Lehrplans 21 werden diese Bestrebungen torpediert. Am weitesten gehen der Grosse Rat des Kantons Thurgau und nun auch der Kanton Nidwalden. Sie entschieden, Französisch im Thurgau und in Nidwalden definitiv aus dem Stundenplan der Primarschule zu streichen. Die Schülerinnen und Schüler in diesen beiden Kantonen sollen in der Primarschule nur noch Englisch lernen.

Diese Entscheide lösen nicht nur in der Romandie Kopfschütteln aus. In einer Schweiz, in der seit 166 Jahren offiziell vier Sprachen gesprochen werden und in der sich mehrere Kulturen konfliktlos nebeneinander entfalten und gegenseitig bereichern, müssen die Wertschätzung und auch das Interesse den anderen Kultur- und Sprachregionen gegenüber gepflegt werden. Dieser Grundsatz wird mit diesen Entscheiden marginalisiert. Kommt hinzu, dass die Absetzung des Französischunterrichts an der Primarschule auch die Deutschschweizer Erziehungsdirektorinnen und -direktoren desavouiert. So unter anderen auch die Thurgauer Erziehungsdirektorin Monika Knill (svp.).

Als Bundespolitiker ist mir klar: Es ist Zeit zu handeln. Der Artikel 62 der Bundesverfassung legitimiert ein Eingreifen. Am ehesten kann das Vorhaben des Kantons Thurgau mit einer Modifizierung im Sprachengesetz gestoppt werden. Sollten die Kantone nicht selbst zu einer Einigung kommen, dann ist eine solche Gesetzesanpassung unabdingbar. Das wissen auch die Deutschschweizer Erziehungsdirektorinnen und -direktoren. Mir persönlich wäre es lieber, die Kantone könnten die in der Verfassung vorgeschriebene Harmonisierung der Schule im Alleingang erreichen. Denn die Volksschule ist Sache der Kantone.

Matthias Aebischer ist SP-Nationalrat und Präsident der nationalen Bildungskommission.

## Eine Lanze für die Landessprache

msc. · Am Mittwoch hat sich erstmals eine Kantonsregierung, jene Nidwaldens, gegen den Französischunterricht auf der Primarschulstufe ausgesprochen. Im Thurgau hat das Parlament einen ebensolchen Vorstoss überwiesen, weitere Kantone werden möglicherweise folgen. Aus einem Konsens über die Harmonisierung des Sprachunterrichts in der Schweiz von 2004 (Modell 3/5) ist nun tatsächlich ein Streit geworden. Das ist Anlass genug, verschiedene Meinungen auf dieser Doppelseite wiederzugeben. Zu Wort kommen zwei Deutschschweizer Politiker und zwei Romands mit je unterschiedlichen Ansichten. Die Sicht der Praktiker erläutert der Präsident des Lehrerverbands. Dass aus dem Ringen um den Fremdsprachenunterricht ein gehässiger Schlagabtausch geworden ist, ist schade und wirft ein schlechtes Licht auf die «Willensnation Schweiz». Einzelnen Deutschschweizer Kantonen ist das Verständnis für die Sensibilitäten anderer Landesteile abhandengekommen. In der Bundesverfassung steht, dass sich die Stärke des Volkes am Wohl der Schwachen messe. Man könnte das leicht erweitern: Die Stärke misst sich auch am Verständnis der Mehrheit für die zahlreichen Minderheiten, und zu den wichtigsten Minderheiten gehören die Romands. Die Deutschschweizer Volksschule muss deshalb dem Französischen einen prioritären Rang einräumen. In der Verfassung steht überdies, dass der Bund einzugreifen hat, sollten sich die Kantone «über die Ziele der Bildungsstufen» nicht einig werden. Ein Flickenteppich beim Fremdsprachenunterricht würde einen solchen Eingriff rechtfertigen. Besser allerdings als ein «Befehl von oben» wäre es, wenn in den Kantonen statt utilitaristischen Bildungsdenkens ein wenig mehr Staatsräson Einzug halten würde.

## Französisch erst auf der Sekundarstufe

Von Hanspeter Gantenbein

Seit Jahren beklagen weiterführende Schulen und Lehrbetriebe die ungenügenden Deutsch- und Mathematikkompetenzen. Vor knapp zwei Jahren haben selbst Hochschulprofessoren gesagt, das Hochdeutsch der Studenten werde immer miserabler. Genau diese wichtigen Basiskonzepte bilden aber die Grundlagen für alle weiteren Anforderungen. Diese Grundkenntnisse müssen in der Primarschule intensiviert und nicht laufend mit neuen Schulversuchen und dem pädagogischen Konstruktivismus, der sich über den ganzen deutschsprachigen Raum ausschüttet, untergraben werden. Für den Erfolg in einer Berufslehre oder in weiterführenden Schulen sind das Beherrschen der Erstsprache, die Grundoperationen in Mathematik, das Verständnis der Natur und die handwerklichen Fächer wichtig.

Das sind auch Voraussetzungen für das erfolgreiche duale Bildungssystem, um das uns die ganze Welt beneidet. Es verhindert Jugendarbeitslosigkeit. All dies wird in den Überlegungen und Entscheiden meist vergessen, ja verdrängt! Warum ist der Lehrplan 21 heute so umstritten? Weil es hier im gleichen Stil weitergehen soll: Von allem ein bisschen, wenig richtig. Es gilt jetzt, sich mit Ehrlichkeit und Effizienz für eine solide Grundbildung der Schülerinnen und Schüler auf der Volksschulstufe einzusetzen. Niemand will den Französischunterricht abschaffen, wie das linke Ideologien in der Deutsch- und Welschschweiz monieren. Beim Thurgauer Entscheid geht es um das Frühfranzösisch in der Primarschule. Diese Stufe hat Grundausbildung zu vermitteln, dazu zählen eben Fremdsprachen nicht.

Die Primarlehrer – und da ist der Kanton Thurgau nicht der einzige – sprechen eine deutliche Sprache. Sie begrüssen mit grosser Mehrheit eine Änderung des Fremdsprachenunterrichts. Sprach- und Erziehungswissenschaftler sind in dieser Sache uneins. Warum werden die Erkenntnisse der Praktiker von den Bildungsbürokraten nicht beachtet oder einfach unter den Tisch gekehrt? So paradox es tönt, im Kanton Thurgau soll mit dem Entscheid die französische Sprache stärker gefördert werden,

und zwar auf der Sekundarstufe. Es ist erwiesen, dass dann der Wissensstand in Französisch nach der 3. Sekundarschule mindestens gleich gross ist wie nach einem halbbatigen Französischunterricht in der Primarschule, der zulasten der Grundlagenfächer geht.

Das Verständnis für andere Landesteile und Kulturen ist uns wichtig. Neben gutem und ausreichendem Französischunterricht auf der Sekundarstufe sollten Klassenlager und Schulreisen bereits auf der Mittelstufe vermehrt in andere Landesteile führen. So könnten Schüler für die anderssprachigen Landesteile sensibilisiert werden. In der Sekundarschule sind Sprachaufenthalte oder noch besser Austauschprogramme mit Gastfamilien zu forcieren. So wird nicht nur die Sprache besser gelernt, sondern auch das wichtige Verständnis füreinander geweckt. Nur so könnte auch der herbeigedete Röstigraben etwas zugeschüttet werden.

Tatsache ist aber auch, dass in der Oberstufe die Hälfte aller Schüler der G-Stammklassen (früher Realschüler) bereits in der 7. Klasse Französisch abwählt! Wir alle wissen, warum. Es ist die Realität, in der wir leben. Welche Verständigungssprache hat sich weltweit durchgesetzt?

In unserer nationalen und internationalen Berufswelt hat sich, ob wir dies wollen oder nicht, Englisch durchgesetzt. Dem können wir uns nicht verschliessen. Ist das Englische nicht auch eine Chance, unsere vielen Sprachgräben zur Westschweiz, zum Tessin und zum rätoromanischen Landesteil zu überbrücken und zudem die Hürden bei der Verständigung mit unseren ausländischen Mitbewohnern abzubauen? Aus all diesen Gründen hat die grosse Mehrheit des Thurgauer Parlaments entschieden. Dies ist geradezu ein fortschrittlicher Entscheid zur Förderung und zum Wohle unserer Kinder – und für einen effizienten Französischunterricht zur richtigen Zeit. Alles ein wenig, aber nichts richtig zu machen, scheint uns falsch.

Hanspeter Gantenbein ist Thurgauer SVP-Kantonsrat. Er hat die Motion zum Französischunterricht, die vom Thurgauer Kantonsrat überwiesen worden ist, eingereicht.

Die derzeit hitzigen Diskussionen in der Deutschschweiz über den Fremdsprachenunterricht werden auch in der Westschweiz wahrgenommen. Dass mehrere Deutschschweizer Kantone das Französische als erste Fremdsprache aufgeben, wird von einigen als Zeichen einer Abwendung der Deutschschweizer von der französischsprachigen Minderheit aufgefasst.

Verschiedene politische Parteien haben das Thema aufgegriffen und sprechen bereits von einer Gefahr für den nationalen Zusammenhalt. Was sollte die Westschweizer Minderheit tun? Ein Bundesgesetz verlangen, das den Unterricht in einer zweiten Landessprache vor dem Englischen vorschreibt?

Ich persönlich würde dies für einen Fehler halten. Meine Generation war der Meinung, dass das Erlernen der deutschen Sprache das A und O sei. Man erklärte uns, wie wichtig Deutsch für unsere berufliche Zukunft sei. Durch die Globalisierung hat sich die Lage nun allerdings grundlegend verändert: Englisch ist für alle Schweizer, das heisst auch für die Westschweizer, zur obersten Priorität geworden. Die jungen Westschweizerinnen und Westschweizer träumen mehr von Europa und der weiten Welt als von der Deutschschweiz. Und wenn sie ihre Deutschkenntnisse verbessern wollen, ist Berlin attraktiver als Zürich. Ausserdem sehen nur wenige einen Vorteil darin, Schweizerdeutsch zu lernen – auch wenn diese Sprache durchaus ihren Reiz hat. Ich vermute, dass umgekehrt die Westschweiz die Deutschschweizer auch nicht stärker zum Träumen anregt.

Die Einstellung der Westschweizer hat sich noch aus einem anderen Grund verändert: Die jüngste wirtschaftliche Entwicklung des «Arc lémanique» hat gezeigt, dass die Zukunft der Westschweiz in der Globalisierung liegt, die eher Englisch- als Deutschkenntnisse voraussetzt.

Der Reflex der Minderheit ist also nicht mehr angebracht. Französisch ist eine universelle und aufstrebende Sprache. Die französische Sprachgemeinschaft zählt heute fast 200 Millionen Menschen, und gemäss einer Prognose der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) dürfte diese Zahl bis 2050 auf 750 Millionen ansteigen. Vor allem in Afrika ent-

stehen neue Märkte, auf denen gute Französisch- und Englischkenntnisse einen bedeutenden Trumpf darstellen. Die Deutschschweizer sind hingegen in einer weniger guten Ausgangslage, weil der deutschsprachige Raum auf rund 100 Millionen Menschen beschränkt ist und keine Wachstumsaussichten bestehen. Ferner ringen sie mit der kniffligen Frage nach der Stellung des Dialekts im Verhältnis zum Hochdeutschen. Die in jüngster Zeit geführte Diskussion über die ausschliessliche Verwendung des Schweizerdeutschen im Kindergarten ist das aufschlussreichste Beispiel dafür.

Ist der nationale Zusammenhalt gefährdet? In meiner Generation boten die Armee und die Arbeit als Au-pair Gelegenheit für ein kulturelles Eintauchen, um den anderen Landesteil besser zu

## Die Entwicklung des «Arc lémanique» zeigt, dass die Zukunft der Westschweiz in der Globalisierung liegt, die eher Englisch- als Deutschkenntnisse voraussetzt.

verstehen. Heute müssen wir neue Möglichkeiten finden. Es gilt, unbedingt den Austausch zwischen den Sprachregionen auf Gymnasialstufe, in den ersten Studienjahren an der Universität und mithilfe von Lernpraktika zu fördern, um den kulturellen Reichtum unseres Landes zu entdecken. Die jenseits der Sprachgrenze verbrachte Zeit fördert den nationalen Zusammenhalt stärker als der unseren Kindern auferlegte Zwang, schwierige Landessprachen zu lernen. Mit einem solchen Austausch sollte es auch möglich sein, die von unseren Deutschschweizer Mitbürgern gern gepflegten Klischees einer von gutem Wein, gutem Essen und

Siesta geprägten Westschweiz aufzubrechen. So sollten sie erkennen, dass die Westschweiz auch für Innovation, Weltoffenheit und Wettbewerbsfähigkeit steht. Dasselbe gilt auch für uns Westschweizer. Die Deutschschweiz hat es verdient, dass wir sie besser kennenlernen. Es ist Aufgabe der Politik, Anreize zu schaffen, mit denen der Austausch gefördert wird.

Wir sollten folglich ebenso pragmatisch vorgehen wie die Deutschschweizer. Machen wir aus einer Schwäche eine Stärke und lernen Englisch als erste und Deutsch als zweite Fremdsprache! Wir sollten nicht versuchen, unseren Kindern das aufzuzwingen, wofür unsere Generation wenig Begeisterung gezeigt hat: das frühe Erlernen der deutschen Sprache. Nach der gleichen Logik sollten wir die Deutschschweizer auch nicht zwingen, Französisch zu lernen, sondern ihnen Lust darauf machen. Wir Westschweizer sollten ausserdem die italienische Sprache nicht vergessen, um uns besser mit unseren Mitbürgern südlich der Alpen auszutauschen. Wir neigen leider dazu, sie zu vernachlässigen, obwohl wir uns ihnen kulturell nahe fühlen.

Schauen wir den Tatsachen ins Auge: Viele Westschweizer – auch ich – tauschen sich heute mit ihren Deutschschweizer Kollegen auf Englisch aus. Trotzdem feiern wir alle die Siege von Roger Federer und fühlen uns als Schweizer, ob wir nun die deutsche Sprache beherrschen oder nicht. Das Beispiel Roger Federer ist im Übrigen besonders aufschlussreich. Sein perfektes Französisch ist viel mehr den zwei Jahren zu verdanken, die er als Jugendlicher im Tennisförderungscenter in der Nähe von Lausanne verbrachte, als dem Französischunterricht an der Primarschule in der Region Basel.

Die Stärke der Schweiz liegt in ihrer Weltoffenheit sowie ihrer sprachlichen und kulturellen Vielfalt. Ob es uns gefällt oder nicht: Englisch ist im Begriff, zur fünften Landessprache zu werden. Wenn wir diese Sprache beherrschen, können wir besser miteinander kommunizieren und der Schweiz einen herausragenden Trumpf für ihre sozioökonomische Entwicklung in einer zunehmend globalisierten Welt an die Hand geben. Let's go for it!

Patrick Aebischer ist Präsident der ETH Lausanne.

# Diversität, nicht Monokultur

Von François Chérix

Als Kind stellte ich mir die Schweiz als ein vierfarbiges Puzzle vor, wobei jede Farbe eine Landessprache repräsentiert. Früh wurde ich damit vertraut gemacht, dass in meiner Heimat Deutsch, Französisch, Italienisch und Romanisch gesprochen wird – anhand der Beschriftungen auf den Pässen der Erwachsenen. Später haben mich meine Eltern nach Bern mitgenommen, damit ich dort meine ersten Worte auf Deutsch sprechen konnte. Ich erinnere mich noch heute daran, wie stolz ich war, ein echter Schweizer zu sein, weil man mir tatsächlich auch auf Deutsch geantwortet hatte. Ich empfand es immer als Privileg, an der Schnittstelle verschiedener Kulturräume zu leben. Diese Diversität fasziniert mich und bindet mich an die Schweiz. Mit anderen Worten: Mein Patriotismus schliesst diese unterschiedlichen Kulturen mit ein, die sich gegenseitig respektieren und bestärken.

Genau dieses Prinzip der Willensnation wird vom thurgauischen Parlament infrage gestellt, indem es das Frühfranzösisch abschaffen möchte. Über die pädagogische Debatte hinaus geht es nämlich um eine existenzielle Frage: Wollen wir den föderalen Zusammenhalt, oder nehmen wir in Kauf, dass die Bande zwischen den Bürgern gelockert werden und unser gemeinsames Schicksal sich auflöst? Der nationale Zusammenhalt beruht darauf, dass wir unsere Verschiedenheiten kennen und akzeptieren. Monokultur ist nicht dazu geeignet, die Erfolgsgeschichte unseres gemeinsamen Werdegangs weiterzuschreiben. Gegenseitiges Verständnis setzt indes das frühe Erlernen der Landessprachen voraus, die je für einen Kulturraum stehen. Die Sprache ist schliesslich mehr als ein Vektor für die Kommunikation. Sie ist die Essenz des Geistes, sie ist gleichzeitig Gedächtnis, Idee und Vision. Ob ich mich auf Deutsch, auf Französisch, auf Italienisch, auf Arabisch oder auf Russisch ausdrücke, hat einen Einfluss auf den Inhalt. Wer die Sprache des andern lernt, ist bereit, dessen Haus zu betreten und die Welt durch dessen Brille zu betrachten. Niemals wird Englisch innerhalb der Schweiz diese Rolle erfüllen können.

Bei der Debatte über das Unterrichten der Landessprachen geht es nicht zuletzt auch um die politische und kulturelle Bildung – Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Macht es einem Schüler keine Freude, wenn er ein paar Sätze in der Sprache seiner Landsleute sagen kann? Und ist eine frühe Sensibilisierung für die Landessprachen nicht wie eine erste spielerische Reise durch die verschiedenen Landesteile? Das Erlernen der Sprachen dient auch dem Erlernen der Schweiz schlechthin. Diese existenzielle Dimension wird von den Gegnern des Frühfranzösisch selbstverständlich unter den Tisch gekehrt. Dies zeigt sich etwa anhand der Aussagen der Thurgauer SVP-Nationalrätin Verena Herzog in einem Interview mit der Zeitung «24 heures» vom 21. August. «Nur eine Minderheit von Deutschschweizern ist im Berufsleben auf Französisch angewiesen», sagt Herzog. Wer so spricht, reduziert das Erlernen einer Sprache auf eine eiskalte Kosten- und Nutzen-Abwägung: Die französische Schweiz ist für die eigene Karriere nicht relevant, also existiert sie nicht. Mit derselben Logik könnte man auch argumentieren, dass Schweizerdeutsch fallengelassen werden sollte, da es ausserhalb der Schweiz nichts bringt und keinen Zugang zur geschriebenen Sprache ermöglicht.

Die SVP ist bei den Bestrebungen, Französisch zu diskreditieren, an vorderster Front dabei. Eigentlich erstaunlich, dass eine Partei, die sich als patriotisch versteht, sich so wenig um die multikulturelle Identität der Schweiz schert. In der Tat ist die SVP keine klassische Partei, sondern eine populistische Bewegung, die am Gängelband von Christoph Blocher die Bewohner instrumentalisiert, die direkte Demokratie missbraucht und die Schweiz mit ihrem nationalistischen Diskurs zu zerstören droht. Die französischsprachige Minderheit, die sich noch immer gegen diesen Isolationskurs wehrt, hat darin keinen Platz. Diese nationalistische Verherrlichung läuft auf das Ausmerzen der Verschiedenheiten und auf eine alpine Deutschschweizer Monokultur hinaus.

Der Sprachenstreit ist sinnbildlich für die Abkehr von dem, was den Erfolg und die Anziehungskraft der Schweiz ausmacht: Toleranz, Neugier, Offenheit, Weltbürgertum, Diversität. All dies geht beim Rückzug in ein narzisstisches, auf engstirnigen Phantasievorstellungen beruhendes Weltbild verloren. Das Unterrichten der Landessprachen in der Primarschule erfordert einen kollektiven Effort und setzt die Überzeugung voraus, dass Bildung mehr ist als eine wirtschaftliche Investition. Wird die Willensnation überleben, wenn sie dem nationalistischen Diskurs der Populisten verfällt? Dies ist keine fiktive Frage. Wir müssen uns ihr stellen.

François Chérix ist Essayist und Kommunikationsberater. Er beschäftigt sich mit politischen Institutionen, Sprachenfragen und dem Föderalismus.

# Der frühe Unterricht ist noch keine Erfolgsgeschichte

Von Beat W. Zemp

Frühes Sprachenlernen auf der Primarstufe setzt eine Reihe von Gelingensbedingungen voraus, die der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) bereits 2004 publiziert hat. Heute verhindern Sparmassnahmen, Notenzwang und politische Ideologien zunehmend eine erfolgreiche Umsetzung dieser wichtigen Reform. Mit fatalen Folgen: Der Widerstand gegen zwei Fremdsprachen an der Primarschule wird in der deutschen Schweiz immer grösser. Dabei gäbe es gute Kompromisse, wenn man die pädagogischen Argumente endlich ernst nehmen würde.

Kein anderes bildungspolitisches Thema hat in den letzten Monaten so viel mediale Aufmerksamkeit erhalten wie der Fremdsprachenunterricht an den Volksschulen, speziell an den Primarschulen der deutschen Schweiz. In der Zwischenzeit gibt es so viele Meinungen wie Akteure. Die einen wollen Frühfremdsprachen ganz abschaffen und dafür an den Primarschulen die Unterrichtssprache, Mathematik und Naturwissenschaften stärken. Die andern wollen am Konzept mit zwei obligatorischen Frühfremdsprachen auf der Primarstufe, wie es das Harnos-Konkordat vorschreibt, ohne Wenn und Aber festhalten. Doch es gibt auch noch weitere Varianten.

Immer grösser wird in der deutschen Schweiz das Lager der Befürworter für nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule, wobei die Mehrheit der Anhänger dieser Lösung die Reihenfolge «English first, puis le français» favorisiert, was bei Bundesrat Berset und in der Romandie auf grosses Unverständnis stösst. Und dann gibt es noch diverse Variantenvorschläge mit einem Freifach oder einem Wahlpflichtfach Französisch auf der Primarstufe. Auch über den vermehrten Gebrauch von Dispensationen von sprachschwachen Schülern wird diskutiert. Das alles scheint hingegen einige Hirnforscher und Bildungswissenschaftler wenig zu kümmern. Sie sind der festen Meinung, dass das Gehirn eines Primarschulkindes problemlos vier oder noch mehr Sprachen verkraften könne. «Je früher, desto besser», lautet ihr Credo.

Der LCH betonte bereits vor der Verabschiedung der Sprachenstrategie der Eidgenössischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) 2004, dass eine erfolgreiche Reform des Sprachenunterrichts

nur dann möglich ist, wenn die dafür notwendigen pädagogischen Gelingensbedingungen erfüllt sind. In einer «Tarifliste» hat der LCH diese Bedingungen in 7 Kategorien mit 35 Items unterteilt und im September 2004 veröffentlicht. An seiner Delegiertenversammlung im Juni 2013 forderte der LCH in einer Resolution die Kantone auf, endlich mehr Lektionen und kleinere Klassen für den Fremdsprachenunterricht zur Verfügung zu stellen.

Die Freude an der französischen Sprache und Kultur wird zudem nicht gefördert, wenn man schon auf der Primarstufe mit Noten Druck erzeugt. Sprachschwache Schüler werden dadurch allzu früh entmutigt und entwickeln einen «Schulverleider». Sie erreichen die ehrgeizigen Ziele, die in den Grundkompetenzen (Bildungsstandards) für die Fremdsprachen von der EDK festgelegt

## Für einen erfolgreichen Sprachenunterricht braucht es flexiblere pädagogische Modelle.

wurden, bis zum Ende der Volksschule nicht oder nur ungenügend. Viel hilfreicher wäre hier ein Sprachbad in einer anderen Landessprache. Daher brauchen wir mehr Austauschprojekte zwischen den Landesregionen sowohl bei den Lehrpersonen (bereits während der Ausbildung und im späteren Berufsleben) als auch bei den Schülerinnen und Schülern (beispielsweise in Klassenlagern und durch die gezielte Förderung von Klassen- und Schüleraustauschen).

Doch das kostet alles Geld, das die meisten Kantone nicht haben. Im Gegenteil: Einmal mehr verschlechtern Sparmassnahmen im Bildungswesen laufend die Gelingensbedingungen im Unterricht. Kann man es da der Lehrerschaft übelnehmen, wenn sie nicht bereit ist, eine solch wichtige Reform zum Nulltarif umzusetzen?

Sowohl die EDK als auch die Lehrerverbände sind zurzeit daran, eine Bilanz zu ziehen und Lösungen für die Umsetzungsprobleme im Fremd-

sprachenunterricht zu suchen. Viel wird davon abhängen, ob es gelingt, überzeugende Antworten auf folgende Fragen zu finden:

- Wie kann der besondere Stellenwert der Landessprachen glaubwürdig in den sprachregionalen Lehrplänen umgesetzt werden, und welche Rolle kann der Bund bei der Förderung der Landessprachen spielen?
- Wie können die Gelingensbedingungen und die Beurteilung im Sprachenunterricht konkret verbessert werden?
- Welche Hilfen bekommen Schülerinnen und Schüler, die wegen eines Wohnortwechsels in ein Schulsystem mit einer anderen Sprachenreihenfolge (E/F bzw. F/E) eingegliedert werden müssen?
- Wie kann man sprachschwachen Schülerinnen und Schülern helfen, damit diese am Ende der obligatorischen Schule die Minimalziele in drei Sprachen erreichen können?

Lehrpersonen wollen einen erfolgreichen Fremdsprachenunterricht durchführen. Dazu brauchen sie flexiblere pädagogische Modelle, die auf das sehr unterschiedliche Lernpotenzial der Schülerinnen und Schüler mehr Rücksicht nehmen. Mit noten- und promotionsrelevanten Obligationen für zwei Frühfremdsprachen, die viele sprachschwache Schüler überfordern, kommen wir nicht weiter, ebenso mit sturen Lernverboten für eine zweite Fremdsprache in der Primarschule, die sprachbegabte Schüler am frühen Fremdsprachenlernen behindern. Dies würde dazu führen, dass gutbetuchte Eltern für ihre sprachbegabten Kinder Kurse in der zweiten Fremdsprache privat einkaufen würden, während die anderen Schüler das Nachsehen hätten.

Daher setzt sich der LCH weiterhin für ein Angebot mit zwei Fremdsprachen auf der Primarschule ein. Es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis alle merken, dass das Erlernen einer zweiten Landessprache zusätzlich zu Englisch in der Schweiz kein Luxus, sondern ein Privileg ist. Unser Ziel muss es sein, dass künftig möglichst viele Schulabgänger von den Vorteilen dieses Privilegs profitieren können.

Beat W. Zemp ist Zentralpräsident des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH).